

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Die Welt“ 10 Pf. Post-Kontonummer: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Teufelskand u. Dehrettsch. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark. Pro Monat. Einget. in der Post-Bezirks-Verwaltung für 1893 unter Nr. 4709.

Vorwärts

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfzigpennige Beilage oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Intente für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Sprech. Juliusstr. 3. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 14. April 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Beiträge zur Rechtspflege in Deutschland.

III.

Aber urtheilt nicht bereits das Volk selbst in vielen Strafsachen, als Schöffen, als Geschworene? Gewiß — theoretisch. In dem oben berührten Prozesse wider Mertens spricht sogar die Magdeburger, aus Verurtheiltem bestehende Strafkammer aus, es hiesse Gesetzeshaltungen verächtlich machen, wenn man behauptet, durch Gesetz sei bestimmt, daß nur eine Klasse von Bürgern zur Urtheilsfindung berufen sei, und verurtheilt deshalb den Sozialdemokraten Mertens, der eine ähnlich lautende Behauptung ausgesprochen, wegen wissenschaftlicher Verächtlichmachung von Staatsrichtungen zu Gefängnisstrafe. Das Magdeburger Gericht hat Recht: nirgend im Gesetz steht, es solle nur eine Klasse von Laien zur Urtheilsfindung als Schöffen oder Geschworene berufen werden. Aber dieser Zustand ist die logische Folge der Gesetzesbestimmungen. Wie ist denn die Rechtslage? Als unfähig zum Amt eines Geschworenen bezeichnet das Gesetz nur die Personen, welche diese Befähigung infolge eines Strafkenntnisses verloren haben, in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind oder wegen eines ehrenrührigen Verbrechens unter Anklage stehen. Neben dem hiernach zur Verrichtung des Amtes eines Geschworenen Unfähigen kennt das Gesetz solche, die nicht zum Amt eines Laienrichters berufen werden sollen (d. h. insbesondere noch nicht 30 Jahre alte, einige Beamtenkategorien, Lehrer, Seelsorger, Dienstaten). Die Namen der Gemeindeglieder, welche darnach zur Uebernahme der Funktion eines Geschworenen oder Schöffen einberufen werden können, werden in den sogenannten Urlisten zusammengestellt. Aus dieser Urliste wählt ein jährlich zusammentretender Ausschuss die geeignet erscheinenden Personen. Dieser Ausschuss besteht aus dem Amtsrichter, einem Verwaltungsbeamten (in der Regel dem Landrath) und 7 Bürgern, welche aus der Reihe der in Preußen auf Zensurbahlen beruhenden Kreisverordneten und Magistratsräthe gewählt werden. Da das Amt eines Laienrichters ein unbefoldeles Ehrenamt ist, so dürfen nach dem Gesetz Personen, welche den mit der Ausübung des Amtes verbundenen oft recht erheblichen Aufwand zu tragen nicht vermögen, die Berufung ablehnen. Deshalb foudert zweckmäßigerweise der Ausschuss in der Regel zunächst diese — das heißt fast die gesammte arbeitende Bevölkerung — aus. Unter den dann Verbliebenen kann der Ausschuss die ihm am genehmsten auszuwählen. Thatsächlich wird also die Laienrichterspflicht fast nur von der besitzenden Bevölkerung ausgeübt. Darnach können Urtheile wie die oben erwähnten nicht überraschen. Den Namen einer Massenjustiz verdient daher mit Recht auch die durch Laien geübte Rechtspflege.

In politisch bewegten Zeiten bildeten in England, z. B. unter Georg III., die damaligen Laiengerichte einen wirksamen Damm gegen reaktionäre politische Verfolgungen durch die Regierung — weil die Geschworenen der (begüterten) Klasse angehörten, der die Verfolgungen galten. Jene englischen Laiengerichts-Institution ist im 19. Jahrhundert unter völlig veränderten sozialen und politischen Verhältnissen nach Deutschland übertragen worden. Doch Gerichte, die aus sozialen und politischen Gegnern bestehen, trotz aller persönlichen Ehrenhaftigkeit über die politischen

Bestrebungen der Gegner nicht gerecht urtheilen können, ist natürlich, da das Rechtsbewußtsein des einzelnen wie das Recht selbst in den sozialen Anschauungen und Verhältnissen wurzelt. Trotzdem wäre es verkehrt, die Beseitigung von Laiengerichten zu verlangen. Im Gegentheil! Die Parole kann nur heißen: Beseitigung der Verurtheilten, Wahl von Richtern aus dem Volk und durch das Volk. Die Einführung von Diäten für Laienrichter ist eine Vorbedingung hierzu. Sie wird selbst für die Bourgeois-Klasse eine unabwendbare Forderung, jemeht sich die Rechtspflege vom Rechtsbewußtsein des Volkes entfernt.

Bei der Gerechtigkeit kommt es nur auf die Justiz an! sagt der Berliner Volksmund: erst in dem Augenblick, wo durch Beseitigung der Bedingungen der Klassenherrschaft diese selbst fällt, ist Massenjustiz unmöglich. Nur in einem sozialdemokratischen Gemeinwesen kann das Gesellschaftsgebäude auf dem ehernen Pfosten wahrer, politischer und sozialer, Gerechtigkeit ruhen. Aber eine Besserung auf dem Gebiete der Rechtspflege ist auf dem oben angedeuteten Wege schon heute zu erreichen, ohne daß deshalb — das mag unseren Gegnern zum Trost gereichen — ihr morscher Gegenwartstaat auch nur um eine Linie mehr ins Schwanken kommt. Erfüllt die bestehende Gesellschaftsordnung nicht diese einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit, so wird ihr Bau desto eher zusammenstürzen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. April.

Aus dem Reichstage. Vor ungemein spärlich besetzten Bänken begründete heute der Abgeordnete Wenzler seine kurz vor den Osterferien eingebrachte Interpellation, in der er anfragt, ob die Regierung beabsichtigt, gesetzgeberische Maßregeln vorzuschlagen, welche geeignet wären, den sonst unabwendbaren Ruin der deutschen Tabakbauern aufzuhalten. In seiner Rede verlangte der Interpellant vor allem einen höheren Tabakzoll, und außerdem trug er die bekannten und zweifellos auch berechtigten Klagen über die mit der jetzigen Art der Besteuerung des inländischen Tabaks verknüpften Chikanen vor. Von seiten des Reichs-Schatzsekretärs konnte für jetzt irgend eine dem Interpellanten günstige Zusage nicht gemacht werden. Im übrigen bezeichnete einer der nachfolgenden Redner, Clemm-Ludwigshafen, die Rede des Herren Ministers für „nicht gehalten und nicht gestochen.“ An der Debatte beteiligten sich, mit Ausnahme von Dr. Barth und Mollenhuth, nur Vertreter von tabakbauenden Kreisen. Unser Parteigenosse verwahrte sich ganz entschieden gegen jede Hohenzollern, welche in erster Linie nur wieder Herabminderung der so wie so schon erbärmlichen Löhne der Tabakarbeiter im Gefolge haben würde. Daß Herr Wenzler mit seinem, aus wahltaktischen Gründen erfolgten Vorstoß besonders Seide gesponnen hat, dürfte er selbst kaum glauben.

Die Militärvorlage. Das Mindeste, was der Reichskanzler verlangt, ist eine Erhöhung der Präsenz-

ziffer um 69 000 Mann. So verkündet ein Oberreplim im „Hamburgischen Korrespondenten“. Unter den 69 000 Mann sind 59 000 Gemeine und 10 000 Unteroffiziere eingerechnet. Das ist, bemerkt die „Freie Ptz.“, bis auf einen geringfügigen Unterschied genau dieselbe Ziffer, welche die Offiziere schon vor Wochen als das Minimum der Regierungsvorlage bezeichnet hatten. Die Militärvorlage verlangt bekanntlich 84 000 Mann, nämlich 72 000 Gemeine und 12 000 Unteroffiziere. Herr v. Bennigsen hatte 42 000 Mann und 7000 Unteroffiziere angeboten. Die Forderung des Reichskanzlers geht also über das Bennigsen'sche Angebot noch hinaus um 20 000 Mann und bleibt nur um 13 000 Mann hinter der Regierungsvorlage zurück. Thatsächlich will also der Reichskanzler nur ein Siebentel von seiner Forderung nachlassen. Der Reichskanzler verlangt die Bewilligung der neuen vierten Bataillone in unverminderter Stärke, sobald die Bewilligung aller Statsverstärkungen vorhandener Kadres der Infanterie und der Spezialwaffen, welche in Gruppe I der der Militärkommission überreichten Uebersicht zusammengestellt sind. Außerdem wird verlangt die Bewilligung der 60 neuen Feldbatterien. Der Verzicht des Reichskanzlers umfaßt also nur die neuen Formationen der Kavallerie, der Pioniere, der Fußartillerie und der Eisenbahn-Truppen der Gruppe II der Uebersicht und die Forderungen auf Verstärkung gewisser Grenztruppenteile der Gruppe III der Uebersicht. — In der „Kölnischen Zeitung“ verzapft der dem Auswärtigen Amt attachirte Major Reim seine militärpolitische Weisheit. Selbiger kühne Kriegsmann schrieb dieser Tage über die Lage: „Auch die von vielen Seiten angeführte Zuversicht, daß die Neuwahlen nur einen der Militärvorlage noch ungünstigeren Reichstag, als es der jetzige ist, ergeben sollten, hat die verbündeten Regierungen in ihrem Entschlusse der Reichstagsauflösung nicht beeinträchtigt. Sie sind fest entschlossen, diejenige Bürgerschaft des Friedens, die allein die unbestrittene Ueberlegenheit unseres Heeres gewährleisten kann, dem Vaterlande zu erhalten, und sie werden sich in der Erfüllung dieser verantwortlichen Pflicht nicht durch einen schlecht berathenen und politisch kurzsichtigen Reichstag beeinträchtigen lassen.“ Der siebenjährige Militär-Offiziere rasselt also mit dem Sabul und droht mit einem Verfassungsbruch, einem Staatsstreich. Graf Caprivi sollte wirklich in der Auswahl seiner politischen Agenten vorsichtiger sein. Solche Rodomontaden nöthigen doch nur zum Lachen. — Nun sind wir verloren. Das deutsche Heer kann erst dann wieder so rasch und sicher mobil gemacht werden, wenn die in der Militärvorlage geplanten vierten Bataillone dem Organismus der Regimenter einen erheblichen Zuwachs bringen für Verwertung bei Aufstellung von Kriegformationen“. So phantastisch das antliche „Militär-Wochenblatt“. Aber da diese Neuorganisation nur im Verlaufe von

Feuilleton.

Wachstum verboten.)

63

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Es schien nicht unmöglich, daß Sina's oder Botsharow's oder beider Urtheil geändert würde. — Sina's, weil sie eine Frau und Botsharow's weil er an jedes wirklichen Verbrechen unschuldig war. Das einzige, was ihm zur Last gelegt werden konnte, war die Thatsache, daß er Geld für revolutionäre Zwecke vorgestreckt hatte. Doch ließ sich nichts Bestimmtes über ihr Schicksal sagen. Alles hing von der momentanen Stimmung in St. Petersburg ab.

Das Wert der Vernehmung wurde unter diesen Umständen schredlich schwierig. Jede Unvorsichtigkeit, die zur Entdeckung führen konnte, mußte verhängnisvoll werden. Alle vier Gefangenen waren zur Wiedervergeltung hingerichtet worden. Daß die Leitung der Angelegenheit in einer Hand lag, erwies sich als großer Vortheil; die Gefahr, welche häufige Versammlungen und Beratungen mit sich brachten, hatte man so umgangen. Aber selbst für einen Mann war es unter solch lähmenden Befürchtungen kein Leichtes, lähn und zielbewußt vorzugehen. Bis jetzt waren nur sieben Personen in das Geheimniß des Planes eingeweiht, obgleich die zur wirklichen Ausführung nöthige Zahl auf sieben mal sieben berechnet wurde. Trotz ihrer außerordentlichen Wurfgeschosse konnte natürlich nicht daran gedacht werden, mit einer kleinen Anzahl etwas gegen die bewaffnete

Esorte anzurichten. Das Gros der Verschworenen sollte erst ein oder zwei Tage vor der Ausführung des Planes mit seiner Aufgabe betraut werden. Darin bestand das sicherste Mittel, ein Geheimniß, in welches so viele Mitschuldige gezogen waren, zu bewahren. Die sieben Leute, welche das Komitee der Verschwörung bildeten, wurden aus den Revolutionären der Stadt, die in der Partei weit-ausgedehnte Verbindungen hatten, erwählt. Jeder von ihnen mußte fünf bis zehn Leute im Auge behalten, denen er, ohne sich der Gefahr des Verrathes auszuweisen, und ohne eine Ablehnung befürchten zu müssen, das Anerbieten, sich an dem Befreiungsversuche zu beteiligen, machen konnte.

Es blieb Andrej überlassen, das Signal zur Bildung dieser Truppe zu geben.

Dieser Plan erforderte sowohl Vorsicht wie Eile. Aber da die Zeit vorrückte, schien es Andrej immer dringender, entweder die Eile oder die Vorsicht aufzuopfern.

Sonnabend wie Sonntag brachten nichts Neues. Am Montag verbreitete sich das Gerücht, daß man eine Anzahl gemeiner Verbrecher unter Esforte auf dem Puschkarsky-Felde hätte graben sehen. Dort sollten die Galgen errichtet werden. Für wie viele aber? Für einen war das Gerücht zu groß. Für zwei — drei — oder für alle vier?

Wiederum gingen Gerüchte durch die Stadt. Diesmal der düstersten Art. Dieselben, die vor drei Tagen mit Vertrauen von einem Aufschub des Todesurtheils gesprochen, konstatierten jetzt gerade das Entgegengesetzte. Andrej nahm diese Gerüchte für ebenso grundlos wie die früheren. Der Gouverneur selbst beobachtete Stillschweigen und sprach mit niemand über diese Angelegenheit. Aber der Aufschub war schon an und für sich verdächtig. Politische Verbrecher wurden oft ganz heimlich einige Stunden nach dem Unterscheiden des Urtheilspraches hingerichtet,

um jede Aufregung der öffentlichen Meinung zu vermeiden. Wenn nun der Gouverneur diese Absicht hatte? Zwischen der Furcht, keine Zeit zur Vorbereitung der Aktion zu finden, und der Gefahr, ihr Geheimniß zu enthüllen, indem sie zu früh vorgingen, war es sehr schwer, eine Wahl zu treffen.

Andrej entschloß sich, bei seinem früheren Plane zu bleiben und bis zum Aeußersten zu warten. Glücklicher Weise war es ihm gelungen, durch Vermittelung eines Mädchens, der Kouzine des Stotterers, eine ausgezeichnete Verbindung gerade mit den einflussreichsten Personen der feindlichen Gewalten herbeizuführen. Zwei Stunden, nachdem der Befehl aus der Arbeitsstube des Gouverneurs hervorgegangen war, werde er alles über die bevorstehende Hinrichtung wissen. So blieben ihm, selbst wenn das Schlimmste sich zum Schlimmsten gefellte, noch immer sieben oder acht werthvolle Stunden. Alle fünfzig Mann konnten zwar in so kurzer Zeit nicht aufgetrieben werden, auf dreißig oder vierzig reduchten sie aber sicher. Besser war es Gefahr zu laufen eine geringere Anzahl Leute zu haben, als die Polizei aufmerksam zu machen. Auch schien es unmahrscheinlich, daß der Gouverneur seiner Würde soviel vergeben werde, eine beschleunigte Hinrichtung anzuordnen.

Andrej verließ auch nicht für eine Minute das Zimmer, da das Mädchen zu jeder Zeit kommen konnte.

Es war in der Nacht von Montag zu Dienstag; Andrej schloß den leichten unsichern Schlaf der Erwartung; als er ein leichtes Klopfen am Fenster vernahm, sprang er vollkommen wach auf. Er öffnete das Fenster, blickte hinaus und sah im Schatten der Mauer eine dunkle Frauengestalt, die für Kenja, das Mädchen, welches er erwartete, zu klein war.

Wer sind Sie? fragte Andrej im Flüsterton. „Ich bin Kenja Dmitrijevna's Magd. Sie konnte selbst

Fahren durchgeführt werden kann, so hätten ja krieglustige Gegner Deutschlands dank dieser spasshaften Offenbarung jetzt die schönste Gelegenheit, die wechseln, d. h. bis an die Zähne gewappneten, Deutschen zu überfallen und zu vernichten. Welche Blasen der Rummel noch treiben wird? —

Von wahrhaft kindlicher Hoffnungslosigkeit schäumt das Pindarblatt über. In ihrer Abendausgabe vom 13. d. Mts. schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Man darf also, wie die Dinge sich gestalten, auch jetzt noch an der Hoffnung festhalten, daß der Reichstag nicht nur bezüglich der Militärvorlage zu einem befriedigenden Ergebnisse gelangen, sondern auch die sonstigen ihm vorliegenden Aufgaben in solcher Weise und solchem Umfange zum Abschluß bringen wird, wie es des Vaterlandes Wohl erheischt und die Nation von ihrer Vertretung erwarten darf.“ In der That, das ist ein starkes Stück. Oder hat sie Grund, auf eine „Verständigung“ zu rechnen? —

Die nationalliberalen Gelden purzeln einer nach dem andern. Nach Buhl kommt der Hoftheater-Intendant und Reichsbote Barklin, der seinen Mannen erklärt, er werde die ganze Militärvorlage mit Haut und Haaren annehmen. — Wie die Kundgebungen für die Militärvorlage fabriziert werden, erfährt man aus der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, der aus Würtemberg geschriebene wird: „Die Versammlungen“, die da ihre Beschlässe auf eine volle Bewilligung der Militärvorlage in die Welt telegraphirten, waren wohl in keinem Falle über einige Tugend Leute stark; auch dürften dieselben Stuttgarter Persönlichkeiten mehrmals ihre Rolle dabei gespielt haben.“ Hinter den Kommerzienräthen, Landräthen, Fabrikbaronen steht nicht das Volk. Dieses erklärt: Fort mit der Militärvorlage! — Herr v. Duene und Erzbischof Kopp sollen wegen eines Kompromisses verhandeln. Wenn der Thurm des Zentrums mit aller Gewalt gesprengt werden soll, und zwar sicher und schneller als der Berliner Donthurm, so braucht es sich auf den Kuhhandel einzulassen. —

Keim dich oder ich freß dich! Jetzt versucht die „Kreuz-Zeitung“ durch ein schauerlich schönes Gedicht für die Militärvorlage Stimmung zu machen. Der Verfasser, ein G. R. in Magdeburg, schnaubt uns bösen Gegner des Militarismus an:

Wie wagt Ihr's zu weigern winzigen Boll,
Da die Väter mit Freuden gebuldet?
Nehmt Waffen und Wehr! Vollendet das Werk,
Das Eure Väter begonnen!

So wahr Ihr Euch Achtung überall,
Da Liebe Ihr nirgend gewonnen!
Aber wie kam man auch wagen, zu weigern winzigen
Boll? Schon des prächtigen Stabreims wegen darf der
Reichstag die paar hundert Millionen Mark mehr nicht
ansehen. —

Die Alten sind zur Stelle. So leer heute die Abgeordnetenbänke waren, so übervoll waren die Tribünen besetzt. Das Publikum scheint eine neue Auflage der Ahlwardt-Attade erwartet zu haben, ist aber bitter enttäuscht worden. Herr Ahlwardt ließ sich nur ganz vorübergehend im Sitzungssaal sehen, doch seine „Alten sind zur Stelle“. Ein Paket, 26 Pfund schwer, hat der Vertreter für Arnswalde dem Präsidenten präsentiert, und dieser hat zu morgen, eine Stunde vor der Sitzung, den Senioren-Konvent berufen, der zunächst über die Art der Behandlung der Angelegenheit berathen soll. —

Das herrliche Kriegsheer. Das Garnisonkommando zu Hildburghausen hat eine schneidige Verfügung erlassen. Gegenwärtig prangen an den Bäumen zu beiden Enden des an der öffentlichen Allee gelegenen Militär-Exerzierplatzes schwarze Tafeln mit der Aufschrift: „Jedes Stehenbleiben auf dieser an dem Exerzierplatz vorbeifahrenden Allee ist, da es den Dienst stört, unbedingt verboten. Garnisonkommando.“ Ein eigenartiges Verbot für die Bewegung des Publikums auf einer städtischen, also öffentlichen Verkehrsstraße; aber der Militarismus kann sich ja das leisten. —

Die Schule des Wuths. Dieser Tage haben wir über den Prozeß des Würzburger Soldatenschinders Mahr berichtet. Das volksparteiliche „Würzburger Journal“ schreibt: „Das Interessanteste an diesem

Falle ist die Thatsache, daß Mahr nicht lange vor seinem Zugange zum Militär vom Bamberger Landgericht wegen Diebstahls mit 1 Monat und 15 Tagen Gefängniß bestraft worden ist. Und dieser frischbeprägte Dieb wurde zum Unteroffizier befördert und ihm auf Gnade und Ungnade eine Anzahl unbescholtener Bürger und Bauernjöhne zur Erziehung überantwortet, trotzdem seine Bestrafung aus dem Regimentskommando bekannt war. Das ist neu und jedenfalls werth, in der bayerischen Abgeordnetenversammlung entsprechend beleuchtet zu werden, vorausgesetzt, daß das Volk diesmal statt „Patrioten“ Männer in dieselbe wählt. Auch dem Rittmeister des erwähnten Soldatenschinders, dem Freiherrn von Gebjattel, einer der adelstolzigsten Aristokraten und unter den „Edelsten der Nation“ einer der Alleredelsten, war die Strafe des Mahr ebenfalls vorher bekannt und gleichwohl schlug er denselben selbst als würdig zur Beförderung vor. Nun, die Verhandlung hat die Weisheit und Voraussicht des edlen Herrn Rittmeisters glänzend gerechtfertigt!“ —

Die preussische Staatsschuld stellte sich, nach dem soeben im Abgeordnetenhaus vorgelegten 44. Berichte der Staatsschulden-Kommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Rechnungsjahre vom 1. April 1891/92, am 31. Mai 1892 auf 6 057 952 165 Mark 90 Pfennig.

Preußen trägt also eine Schuld von rund sechsstaund und achthundfünfzig Millionen. An Zinsen sind zu zahlen 242 524 382 Mark 25 Pfennig.

Ermuthigt diese Zahlensprache nicht zu Mehrausgaben für den Militarismus? —

Reichsgesetzliches. Der „Reichs-Anzeiger“ vom 13. April veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, betreffend das Aufgebot von Landansprüchen im südwestafrikanischen Schutzgebiet. —

Ein deutsch-portugiesischer Handelsvertrag soll, wie aus Lissabon gemeldet wird, vorbereitet werden. —

Elb-Trave-Kanal. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Lübeck betreffs des Elb-Trave-Kanals sind beendet. Wie bereits berichtet, soll dem preussischen Landtag noch in dieser Session eine Vorlage darüber zugehen. Es handelt sich um eine Forderung von 7½ Millionen Mark, auf diese Summe ist schließlich die Vereinbarung zwischen den beiden Staaten zu stande gekommen. Das preussische Angebot betrug ursprünglich 6 Millionen Mark. —

Die Zentrumspartei stellte im Wahlkreise Sieg-Mühlheim-Wipperfurth an Bödiker's Stelle den Stadtverordneten Rings-Königswinter als Kandidaten für die Landtagswahl auf. „Der Kandidat für die Reichstagswahl ist noch nicht bestimmt“, wird gemeldet. Die Ultramontanen haben allen Grund, in der Auswahl dieses Kandidaten vorsichtig zu sein. Einem jungerlichen Anhänger der Militärvorlage blühen in Sieg-Mühlheim-Wipperfurth so wenig Lorbeeren, wie in Dipe-Meschede. —

Herr Hitze, der „Sozialpolitiker“ des Zentrums, wird Professor für „christliche Gesellschaftswissenschaft“ an der katholischen Akademie zu Münster i. Glf. werden. Hitze ist ein kenntnißreicher Mann, aber seine soziale Politik ist eine mit Schuzdöllneri und Entfugungsweisheit versetzte Simonade, die dem Unternehmertum zwar vortrefflich bekommt, desto weniger aber den Arbeitern. Es ist bezeichnend für die deutschen Ultramontanen, daß sie in ihren Reihen keinen Einzigen haben, der auch nur im mindesten sich weihen könnte etwa mit dem ausgezeichneten, ehrenfesten katholischen Sozialpolitiker Oesterreichs, dem vor zwei Jahren gestorbenen Baron von Vogelsang, oder mit dem schweizerischen Katholiken Nationalrath Decurtius, der Hand in Hand mit den Jungdemokraten und der Arbeiterpartei geht in allen Fragen des Arbeiterschutzes. Unser Zentrum ist ein feudalkapitalistisches Gefüge, das nur Scheinreformen zuläßt und die soziale Reform folgerichtig verbalhornen muß.

hartes Geschick zu erleiden. Sie sterben mit Bedauern und vielleicht mit Gewissensbissen, daß sie zu vorsichtig, zu bedachtsam gewesen sind und das alles ohne Nutzen. Dieser Volscharow war Andrej kein Fremder mehr. Er hatte ihn aus dem Verhör, in dem der galante, schlagfertige junge Mann ein solch' glänzende Rolle gespielt hatte, schätzen und lieben lernen. Während all' dieser Tage der Angst war ihm niemand's Geschick so nahe gegangen, als das Volscharow's. Und jetzt sollte er gehängt werden und Sina auch?

„Dies laut!“ sagte Watajko.
Andrej erhob sich und händigte ihm den Brief ein. Es war ihm unmöglich, jetzt zu lesen, auch hörte er nicht den Ausruf, der eben seinem Freunde entschlüpfte. Dieser unumgängliche zynische Schimpf ries einen solchen Wuth-anfall in ihm hervor, wie er auch den zivilisirten Menschen zum zügellosen Wilden umwandelt.
Der wilde unmäßige Durst nach Rache, das Verlangen, Böses mit Bösem zu vergelten, überwog alles andere in ihm.

Wleichen Angesichts, die Zähne zusammengebissen, schritt er, wie ein hungriges Thier in seinem Käfig, im Zimmer auf und ab.

Zusammengelauert hielt auf dem Bette sitzend Watajko den Brief noch in der Hand, seinen Freund dabei mit den Augen verfolgend.

„Nun,“ sagte Andrej, wieder die Herrschaft über sich gewinnend, „vielleicht wendet sich's zu unzerem Besten. Unsere Leute werden lämpfen und ohne Schonung dreinschlagen. Ich gehe sogleich in's Hauptquartier!“

Watajko mußte sofort bei den Mitverschworenen die Munde machen, um sie zu einer Frühversammlung zusammenzurufen.

„Sobald es Tag wird,“ sagte Andrej, „geh' zu dem Stotterer und sage ihm, daß er für den Nachmittag die Bomben und alles andere bereit halten solle. Um 6 Uhr wirft Du Dich mit einem Karren hübergeben und sie weg-schaffen. — Du weißt wohin.“

„Ich weiß.“
„Adieu denn! Ich habe keine Zeit zu verlieren.“
(Fortsetzung folgt.)

Das Lustige an der Geschichte aber ist, daß die bisherige außerordentliche Professur für Nationalökonomie aufgehoben und ein neuer Lehrstuhl für — Pastoraltheologie errichtet wird, unter besonderer Rücksichtnahme auf die Aufgaben der Seelsorge und der Sozialpolitik. Für diese Heirath zwischen Theologie und bürgerlich-kerikaler Oekonomie verdient der Kultusminister Hoffe den allerhöchsten Kuppelpeß. Denn zutreffender kann er die landläufige Bourgeoisökonomie gar nicht bemerken, als durch diese ihre wichtige Subfunktion unter die Theologie. Der Kaplan Hitze verkörpert in sich den Höhepunkt der boursischen Kulturverwilderung, deren Aufgabe darin besteht, mit Hülfe Himmels und der Erden die Sozialdemokratie umzubringen. —

Der Bundesrath beschloß in seiner Sitzung vom 13. d. Mts., die vom Reichstag gefaßten Resolutionen betreffend die Ausführung der im Etat pro 1893/94 bewilligten Neubauten von Kasernen, ferner betreffend die Ausdehnung des Systems der Dienstaltersstufen auf die Unterbeamten der Reichs-Post und Telegraphenverwaltung, sowie betreffend die Einsetzung einer Centralstelle zur Ertheilung von Auskünften in Kolonialsachen den zuständigen Ausschüssen zu überweisen und die Resolution betreffend das Verfahren der Marineverwaltung bei dem Bezug von Kohlen dem Herrn Reichskanzler zu überweisen. —

Ein bayerischer Bauernbund ist in Straubing gegründet worden unter Ablehnung des Anschlusses an andere Parteien. Ein Wink für das bisher vorherrschende Zentrum!

Aus dem Reiche des Herrn Thielen. Unser Eisenbahnminister ist ein Sozialpolitiker wie kein zweiter; daß haben wir schon manches vollwichtige Zeugniß angeführt. Und Ordnung hält er auch in seinem Reich. Zwei Zeugnisse wollen wir heute veröffentlichen. Das erste ist dem „Vorwärts“ aus Westfalen zugegangen. Aus diesen Urkunden — es sind ihrer mehrere — erfährt der preussische Steuerzahler, mit welcher liebevollen Sorgfalt das Thun und Treiben der Eisenbahnbediensteten auch außer ihrer dienstlichen Thätigkeit überwacht ist. Herrn Thielen's Vaterauge folgt den Untergebenen auf Schritt und Tritt, daß kein Fehltritt sie aus abschüssige Bahn und in die Klauen des Verführers führe. Und Hand in Hand mit ihm geht die brave, pflichteifrige Polizei. Man lese:

Zeugniß-Abchrift!
Herr Josef Altes, geb. am 28. Januar 1869 in Rhonard, Kreis Olpe, ist vom 1. November 1888 bis 15. November 1891 auf der Station Fimmentrop als Hilfs-Telegraphist beschäftigt gewesen. Derselbe ist im Telegraphendienst ausgebildet und hat die ihm übertragenen Dienstobliegenheiten zur Zufriedenheit wahrgenommen. Seine dienstliche Führung war gut. Neben dem außerdienstlichen Verhalten desselben ist Nachtheiliges nicht bekannt geworden. Die Entlassung des p. Altes aus dem Eisenbahndienste erfolgte auf seinen Wunsch.
Altena, den 25. November 1891.
Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
(gez.) Schmeißer.

Ich bezeichne hiermit dem Herrn J. Altes, daß sich derselbe während seines Aufenthalts hierseits, nämlich vom 1. November 1888 bis 15. November 1891, moralisch und politisch gut geführt, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet und nicht als Anhänger der Sozialdemokratie verdächtig ist.
Fimmentrop, den 28. April 1892.
Die Ortspolizei-Behörde
(gez.) Benemann.

Der Herr Josef Altes war vom 16. November 1891 bis 5. Juli 1892 auf unserer Station Altena im Güterabfertigungs- und äußern Bahnhofsdiens beschäftigt.
Führung und Leistungen desselben waren im Allgemeinen zufriedenstellend. Gegen sein außerdienstliches Verhalten ist nichts Nachtheiliges bekannt geworden.
Der Dienstaustritt erfolgte auf eigenen Antrag.
Altena, den 5. Juli 1892.
Kreis Altenaer Schmalspurbahnen,
Der Betriebs-Direktor
J. V.
(gez.) Ruff.

Der Stations-Diätar Josef Altes, welcher seit dem 1. Dezember v. J. theils auf hiesiger Station beschäftigt ist, hat während dieser Zeit die ihm übertragenen Expeditionsarbeiten und den äußeren Bahnhofsdiens zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten wahrgenommen.

p. Altes hat sich im Dienst wie außer Dienst gut geführt, und scheidet am 5. Juli ex. freiwillig und ordnungsmäßig aus.
Altena, den 3. Juli 1892.
Der Stations-Vorsteher
(gez.) Rnaup.

Nun zu dem zweiten Zeugniß, das auch den Sozialreformer Thielen in rosenrothem Licht erscheinen läßt. Aus dem Bezirke des Eisenbahn-Betriebsamtes Nachen ist ein Eisenbahn-Arbeiter mit folgendem Zeugniß des Stationsvorstehers entlassen worden: „Der p. p. hat seinen Dienst zur vollen Zufriedenheit des Unterzeichneten vollführt; er ist ein durchaus nützlicher und zuverlässiger Mann, auf den man in jeder Beziehung, sogar in Geldangelegenheiten, das größte Vertrauen setzen darf. Sein Austritt erfolgt auf Anordnung des königlichen Eisenbahn-Betriebsamtes Nachen, weil er bei seinem Eintritt das gesetzliche Alter überschritten hatte.“ — „Der Eintritt des Betreffenden in das Arbeitsverhältniß,“ schreibt die „Freisinnige Zeitung“, „erfolgte vor elf Monaten. Damals stellten die beigebrachten Älteste sein Alter klar. Nach elfmonatlicher Beschäftigung hätte man deshalb nachträglich einen Familienvater mit Frau und 6 Kindern nicht entlassen dürfen.“ Sparamkeit ist die Losung unseres Eisenbahn-Ministers. Und so kürzt er nicht die großen Gehälter der höheren Beamten, sondern er entläßt Arbeiter, setzt die Löhne herab, hält rückwärtslos an einer Altersgrenze fest, die zahlreichen Arbeitern die Erwerbsmöglichkeit nimmt, und hütet sich vor den eintträglichsten Reformen, der des Personentarifs z. B., wie der Moslem vor dem Weingenuß. So sieht das „praktische Christentum“ in den „staatlichen Musterbetrieben“ aus, mögen es Kohlenruben oder Eisenbahn-Betriebe sein. —

Kolonialpolitische Intimitäten. Stanley, der blutrünstige Abenteuerer, führt in den „Times“ Klage darüber, daß den Negerstämmen im Innern durch Deutsch-Ostafrika Waffen und Pulver zugehen sollen. In der „Kölnischen Zeitung“, die mit Stanley sich wegen dieses Angriffes auseinandersetzt, liest man nun:
Da nur durch das allmähliche Ausblühen des Handels die Zivilisation in das Innere des Landes getragen werden kann, so würde sich die Verwaltung durch absolutes Verbot des Waffenverkaufs eines der wirksamsten Mittel

nicht kommen und schickt diesen Brief,“ flüsterte die Stimme von unten.

„Geben Sie ihn mir!“ sagte Andrej, die Hand ausstreckend.

„Ich kenne Sie nicht,“ sagte das Mädchen zurücktretend; „mir ist befohlen worden, die Botschaft keinem andern als Alexander Iltisch auszuhandigen.“

Andrej wandte sich um, um Watajko aufzuwecken, doch dieser war bereits am Fenster. Er wechselte einen Gruß mit dem Mädchen, welches er wahrscheinlich schon früher gesehen hatte, denn Andrej bemerkte ein Lächeln des Erkennens auf ihrem Gesicht. Dann erglänzte, als es von Hand zu Hand ging, flüchtig ein weißes Kouvert in dem schwachen Lichte. Das Mädchen eilte, wie von plötzlicher Furcht ergriffen, davon, ohne ihnen Zeit zum Danke zu lassen.

Ein kleines Nachtlicht brannte in der Ecke ihres Schlafzimmers. In besonders gefährlichen Zeiten, wenn die Wölfe jeden Augenblick eindringen konnte, war Andrej immer gewohnt Nachts Licht zu brennen. Mit der kostbaren und zugleich furchtbaren Nachricht in der Hand, setzte er sich auf den Boden neben dem Lichte, beugte sich darüber, so daß der Schein auf das weiße Blatt fiel und durchließ mit den Augen die wenigen Worte, die mit Bleistift aufgezeichnet waren:

„Das Urtheil ist für alle vier vom Gouverneur bestätigt worden. Die Hinrichtung findet nächsten Mittwoch, Morgens zehn Uhr auf dem Buschkarstky-Felde statt.“

Es war mit „A“ bezeichnet, das bedeutete Kenja.

Einen Moment blieb er auf dem Boden sitzen und sammelte seine Gedanken. Die Nachricht ergriff ihn mehr, als er es bekennen wollte. Für Boris und Wassilij hatte er keine Hoffnung gehegt. Wohl aber für Sina und Volscharow — besonders für Volscharow.

Es ist nur gerecht und schön, wenn gute und wohlwollende Menschen am meisten mit den unschuldigen Opfern des russischen Despotismus Mitleid haben.

Die Revolutionäre selbst, die in diesen Dingen ihre eigenen Ansichten über „Schuld“ und „Unschuld“ haben, bemitleiden ihre unschuldigen Gefährten auch am meisten, denn diese sind die wahrhaft unglücklichen unter ihnen. Sie haben nichts gethan und sind gar nicht vorbereitet, ein so

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 14. April.
Spernhaus. Die Wolläre.
Neues Theater. Pasantofena.
Deutsches Theater. Der Tallisman.
Berliner Theater. Die Räuber.
Kessing-Theater. Die Vöböne.
Wallner-Theater. Todoms Ende.
Brall's Theater. A Sancta Lucia.
Residenz-Theater. Die beiden Champignol. Das neue Kleid.
Adolph Ernst-Theater. Goldlette.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Bettelstudent.
Thomas-Theater. „Gute Zeugnisse.“ „Ben man im Dunkeln liht.“
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Hans, die zweite Frau.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionse.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater.
 Zum 13. Male:
Goldlette.
 Befangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
 Couplets theilweise v. G. Grass.
 Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Novität! Novität!
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoj von Oscar Wagner.
 (Alten u. Ode. Martin Bendix.)
Alfred Bender
 in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
 Blank, der beste Bauchredner.
 Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Castan's Panopticum.

Große Ausstellung.
Akka - Zwerginnen.
Neue Illusion: Lotosblume.
 Andere Illusionen.
Fantoch-Theater.
 Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.



Passage-Panopticum.
 Im Theater-Saal:
Neu!
Lebende Bilder.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Vollständig neues Programm.
J. Thaler. Kopssequilibrist, Schnellzeichner.
Geschwister Wuger. Schwertkämpferinnen.
Truppe Maritz-Gasch. Marmor-Tableau.
Henry Bender. Gesangshumorist.
Truppe Volter. Eccentrics comic.
Mr. Henry. Jongleur auf der rollenden Kugel.
Max und Lilly Gläser. Gesang-Duetten.
Brothers-Gasch. Akrobatische Clown.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 14. April,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
 Große Ausstattungs-Pantomime.
 Neue Einlagen mit überraschenden Licht- u. Wassereffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenorso.
 Grosses Brillant-Peuerwerk.
 Außerdem: Mr. James Pills mit dem Schpielende Markir. Eilmar, der Strichspringer, vergei. v. Fr. Oceana Renz. Marietta u. Belloni mit ihren dreif. Kalabus zc.
 Morgen, Sonnabend, 7 1/2 Uhr: **Gala-Vorstellung zum Benefiz der Geschw. Hager.**
 Sonntag: Zwei große Vorstellungen, um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei): **Die Conrsten,** und Abends 7 1/2 Uhr: **Ein Künstlerfest.**
 Billet-Vorverkauf an der Fiskuskaße u. beim „Invalidendank“, Marienstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, 16. April, I. Abtheilung.
 Sonntag, 23. April, II. Abtheilung.
 Die Nacht der Finsterniß v. Leo Tolstoj.
Etablissement
Buggenhagen.
 Täglich: Instrumental-Konzert.
 Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Kaffeehaus von Hahnhofers Lagerbier, hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochenl. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Gesellschaften zc.

Unserm Freund und Kollegen **Paul Weich** genannt **Puppenkopf** zu seinem 27. Wiegensfeste die besten Glückwünsche.
 Der Budier, H. Schö., H. B. P. P.

Ein dreifach donnerndes Hoch zum vierzigsten Geburtstag
 Herrn **Max Stephan**
 von den 3 Chambregarnisten Mütterns.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umg.

Am 10. d. M. verstarb plötzlich unser Mitglied
Wilhelm Bartz.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. April, Na. mittags 4 Uhr, auf dem Charitee-Kirchhof statt.
Der Vorstand.

Schöneberg.

Freie Vereinigung der Bau- und gewerbli. Hilfsarbeiter Schönebergs und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
 am Sonntag, den 16. April, in Jacob's Salon, Brunenwaldstr. 110.
Der Vorstand.

Achtung! Schuhmacher!

Nächsten Sonntag: 275/16
Partie nach Potsdam.
 Treffpunkt: Potsdamer Hauptbahnhof früh 8 1/2 Uhr, Abfahrt Punkt 9 Uhr.
 Nachzügler können sich einfinden bis Mittag Brandenburger Kommunikation Nr. 16 und Abends Französischerstr. 7.
 Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Berein z. Wahr. d. Interessen der Berliner Knopfarbeiter.

Sonabend, den 15. April 1893,
 Abends 8 1/2 Uhr.
Versammlung mit Frauen
 bei **Schirmacher, Andreasstr. 26.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag von Fr. Otilio Baader über: Die Frau und der Sozialismus.
 2. Diskussion. 3. Vierteljähr. Kasfenbericht.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 192/19 **Der Vorstand.**
 Nach der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 3806L
 am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohstoffe sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Sonntag geöffnet.

Eingetretener Verhältnisse halber sah sich das

größte Confectionshaus Hamburgs

in die traurige Lage versetzt, sein seit vielen Jahren bestehendes renommirtes Geschäft aufzugeben, seine Lokalitäten anderweitig zu vermieten, und um bares Geld in die Hände zu bekommen, sein gesamtes Waarenlager en bloc à tout prix loszuschlagen.

Im letzten Augenblicke haben wir es noch durchgeseht, jene Waarenvorräthe, bestehend in fertigen

Herren- und Knaben-Garderoben

für einen billigen Preis an uns zu bringen.

Dieses kolossale Waarenlager soll nunmehr in unseren Lokalitäten

I. Etage, am Dönhoffplatz, I. Etage

Ecke Leipziger- und Kommandanten-Strasse

im Wege eines Riesenausverkaufes gegen Baar in schnellster Zeit veräußert werden.

Eine Reichhaltigkeit, Auswahl in sämtlichen nur existirenden Größen, vom Baby bis zum kolossalsten Mann, in einer Eleganz, Gediegenheit, sowohl was Geschmack und Muster anbelangt, findet Jedermann vor, das nicht allein der einfache Bürgermann, sondern auch der wohlhabendste Cavalier überrascht sein wird.

In Berlin ist schon Vieles geboten worden, doch da wir Alles drangesetzt, um speziell dieses

zu erwerben, bieten wir dem p. Publikum in dieser Saison etwas **Ungewöhnliches, bisher noch nicht Dagewesenes.**

Die Preise sind nicht mit denen der reklamenhaften Annoncen zu vergleichen, indem wir obiges Lager nicht zu halben Preisen etc. verkaufen, sondern zu Preisen, für die man heut zu Tage nicht mal alte Sachen kaufen kann. Indem das Renommé unseres Welthauses in allen Schichten der Bevölkerung zur Genüge für

gute Waaren und prompte conlanteste billigste Bedienung

hinreichlich bekannt, ist jede weitere Versicherung unnöthig.

Das Waarenlager haben wir der Ueberflucht wegen in 6 grösseren Partien mit je 3 Abtheilungen zum Verkauf gestellt und dauert

dieser Riesenausverkauf

nur so lange diese Vorräthe vorhanden sind.

Auszug der Preisliste

der früheren Preise und wie wir die Waaren jetzt abgeben.

Partie I.		Partie V.	
Complete Anzüge in		früh. M. 18 jezt v. 6 M. an	
Bian Cheviot	früh. M. 22 jezt v. 8 M. an	Schlafröcke	früh. M. 18 jezt v. 6 M. an
Bufofia	24 " 9 "	Schlafröcke in Satin	20 " 8 "
Crimmischauer	28 " 13 "	Schlafröcke in Velour	22 " 9 1/2 "
Diagonal	32 " 17 "	Schlafröcke Double Face	26 " 15 "
Sportfagon	24 " 16 "	Westen, einzelne	8 " 1/2 "
für die Reise	28 " 14 "	Schwarze Tuchwesten	7 1/2 " 2 "
Velour	36 " 19 "	Weiße Westen	6 " 1 1/2 "
Satin	42 " 25 "	Hochelegante Westen	12 " 8 "
Kammgarn	34 " 18 "		
Kammgarn rayé	42 " 25 "	Partie VI.	
Gehrockfagon	50 " 29 "	Ia. Knaben-Anzüge früh. M. 4.— jezt v. 1 M. an	
do. hochfein	64 " 35 "	in Bufofia	5.— " 2 1/2 "
		in Cheviot	5,50 " 3 "
		in Satin	6.— " 3 1/2 "
		in Diagonal	7.— " 4 "
		in Nouveauté	10.— " 5 "
		Haute Nouveauté-Anzüge, wie solche nur Spezial-Befehle führen.	
		Ib. Barschen-Anzüge, früh. M. 9 jezt v. 4 M. an	
		in Bufofia	9 1/2 " 5 1/2 "
		in Cheviot	10 " 5 3/4 "
		in Satin	12 " 6 "
		in Diagonal	18 " 7 "
		hochfein	18 " 8 "
		Ic. Jünglings-Anzüge, früh. M. 15 jezt v. 6 M. an	
		in Bufofia	18 " 7 1/2 "
		Cheviot	19 " 8 "
		Diagonal	20 " 11 "
		Kammgarn	24 " 14 "
		hochelegante	30 " 18 "
		Partie III.	
		Älter, grau und karriert früh. M. 28 jezt v. 8 M. an	
		Älter mit langer Pelserie	38 " 16 "
		Wendichoff's	26 " 9 "
		Schwalb's	34 " 15 "
		Reife-Mäntel	30 " 14 "
		Pelserie-Mäntel	45 " 21 "
		Partie IV.	
		Hosen - Hosen und Westen in	
		Zuch	früh. M. 7 jezt v. 3 M. an
		Bufofia	12 " 4 "
		schwarzen Zuch	14 " 5 1/2 "
		Kammgarn	15 " 7 "
		D. u. W. l. gedieg. Stoff.	15 " 7 1/2 "
		D. u. W. hochfein	24 " 13 "
		Nouveauté-Hosen, das Eleganteste der Saison, von 7 1/2 M. an.	
		IId. Barsch-Pal. Hr. Pa. früh. M. 12, jezt v. 5 M. an	
		Barschen-Schwalb's	
		mit Pell rine	14 " 7 "
		Barschen-Wendichoff's	15 " 9 "
		Jünglings-Paletots	15 " 7 "
		Jügl. Schur.m. Pel.	18 " 11 "
		Jügl. Wendichoff's	19 " 12 "
		Jünglings-Älter	14 " 8 "

Damit der normale Geschäftsbetrieb bei dem voraussetzlichen großen Andrang nicht leidet, wird

der Partiewaaren-Riesenausverkauf

täglich nur Vormittags von 10-1 Uhr und Nachmittags 5-9 Uhr stattfinden. Knaben-Anzüge werden nur Nachmittags abgegeben. Der dazwischenzeitliche Verkauf an die hiesigen und auswärtigen Geschäftsleute findet nur Morgens von 8-9 Uhr statt. Es wird dabei doch ausdrücklich bemerkt, daß wir auf obige Waaren, da die Preise derart niedrig angelegt sind, Rabatt in keinerlei Form gewähren können. Wir machen besonders die Wohlthätigkeitsanstalten, Armen- und Unterstühtungsvereine auf

diesen Riesenausverkauf

aufmerksam, da sie ihnen hier eine seltene Gelegenheit bietet, mit wenig Geld viel Gutes zu thun. Indem diese Riesenvorräthe bei diesen kolossal billigen Preisen schnell verzerrfen sein dürften, ergeht an Jedermann die Mahnung, sich so bald wie möglich einzufinden, um den jegigen wie voraussetzlichen Bedarf in diesem

Riesenausverkauf

zu bedenken, da man sein Geld nicht besser verwerthen und nicht mehr damit verdienen kann. Die Rayon-Chefs und Inspektoren sind angewiesen, darauf zu achten, daß Jedermann auf das Beste und Billigste bedient wird. Auswahlendungen finden während dieses Ausverkaufes nicht statt.

„Zum Prophet“

Welthaus
 fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben
 I. Etage, am Dönhoffplatz, I. Etage.
 Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.

Nur Schneiderarbeit.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

74. Sitzung vom 13. April 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Malchahn, v. Moser.

Eingegangen ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

Zur Berlesung gelangt zunächst die Interpellation der Abgg. Menzer und Genossen:

„Beabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts des im letzten Jahre überraschend zu Tage getretenen Rückganges des deutschen Tabakbaues demnächst gesetzgeberische Maßregeln vorzuschlagen, die geeignet sind, diesen Rückgang und den damit unabweisbar verbundenen Ruin weiterer Kreise unserer deutschen Tabakbauern auszuhalten?“

Nachdem sich Staatssekretär v. Malchahn zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, führt

Abg. Menzer (dl.) zur Begründung aus, daß der Rückgang des deutschen Tabakbaues, in welchem die deutschen Bauern ein so bedeutendes Kapital hineingesteckt haben, von Jahr zu Jahr in erschreckender Weise, am meisten erschreckend aber im letzten Jahre bemerkbar geworden sei. Der Vorwurf, daß der Tabakbau vielfach auf ungeeignetem Boden betrieben werde, müsse durchaus zurückgewiesen werden. Dieses Argument der Gegner sei schon mit dem bloßen Hinweis auf den Absatz des erzeugten Produktes zu entkräften. Von einem allgemeinen einheitlichen deutschen Gesetzmäßigkeit bezüglich des Tabakrauchens könne man gar nicht sprechen, denn es handle sich doch stets um den Betrag, den der Raucher in Tabak anlegen wolle oder könne. Im letzten Jahrzehnt sei auf Sumatra geradezu ein Raubbau in Tabak getrieben worden, der sehr wesentlich zur Schädigung des deutschen Produktes und des deutschen Tabakbaues beigetragen habe. Schon vor zwei Jahren habe der Reichstag einen Antrag zum Beschluß erhoben, zum Schutze der deutschen Tabakbauer durchgreifende Maßregeln zu treffen, wenigstens die Tabaksteuer zu ermäßigen; noch heute warte man auf die Entscheidung der Regierung. Eine im vorigen Jahre eingebrachte Resolution, welche die Regierungen aufforderte, auch die Erhöhung des Tabakzolles in Erwägung zu nehmen, wurde allerdings infolge einer unerhörten Agitation mit 205 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Solchen Mächten könne freilich der deutsche Tabakbauer keinen Widerstand leisten. Aber dem neuerdings eingetretenen rapiden Rückgang des deutschen Tabakbaues gegenüber hätten die verbündeten Regierungen geradezu die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, welche den völligen Ruin eines so wichtigen deutschen Erwerbszweiges verhindern. Schlimmer als bisher könne es nicht werden, sei vielfach der pessimistische Gedanke der Tabakbauer. Er sehe zwar nicht auf diesem Boden, halte es aber für an der Zeit, daß die Regierungen aus der Politik des Zauberns heraustreten. Sie müssen auch zu den angeregten Ideen des Rohabak-Monopols oder der Fabriksteuer Stellung nehmen. Es sei die höchste Zeit, der Hoffnungslosigkeit, der Entmutigung, der Verbitterung der deutschen Tabakbauer entgegenzuarbeiten. Die üblen Folgen der sozialen Seite der Sache würde hoffentlich den verbündeten Regierungen ein Renetel sein.

Staatssekretär v. Malchahn: Dem im letzten Jahre überraschend zu Tage getretenen Rückgang des deutschen Tabakbaues habe ich als richtig anzuerkennen; der Rückgang in der Anbaufläche wird sich in den nächsten Jahren wohl noch weiter fortsetzen. Sowohl die Zahl der Grundstücke als die Zahl der Pflanzler bewegt sich seit einem Jahrzehnt auf und ab; jedes folgende Jahr zeigt eine Abnahme, wenn das vorhergehende Jahr ungünstig, eine Zunahme, wenn das Vorjahr günstig für die Tabakbauer gewesen war. Die Anbaufläche betrug im Sommer 1889 17 997 ha, im Sommer 1890 aber 20 816. Im Sommer 1891 ist sie auf 18 000 ha zurückgegangen und im Sommer 1892 sogar auf 14 735 ha. Letztere Zahl ist die niedrigste seit 1879. Diese anfallsige Tabakfläche ist der Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen nicht entgangen. Wenn aber der Interpellant den Rückgang der Erzeugung von 1879 zuschreibt, so können die verbündeten Regierungen das nicht anerkennen. Es müßte ja dann in den Jahren 1871—78 der Tabakbau bessere Ergebnisse gehabt haben, was nicht der Fall ist. Der Rückgang hängt vielmehr mit der ganzen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse überhaupt, mit der Hinneigung zum Konsum von Zigarren statt des Pfeifentabaks und mit der Entwicklung des Anbaues der tropischen Tabake zusammen. Namentlich der Sumatratabak hat mit der Zeit den Pfälzertabak eine immer härtere Konkurrenz gemacht, ohne daß die Zölle und die Steuer-Gesetzgebung darauf von Wirksamkeit gewesen wäre. Nach der Meinung der Reichs-Finanzverwaltung ist der gegenwärtige Moment noch nicht geeignet, die verbündeten Regierungen zur Erwirkung einer Milderung der Zoll- und Steuer-Gesetzgebung zu bringen. Wenn also die Entscheidung über die Resolution im Bundesrathe noch herausgeschoben wird, so liegt darin nicht etwa eine Vernachlässigung der Interessen der tabakbauenden Bevölkerung in Deutschland. Diese Bevölkerung ist eine durchaus solide, und ihre wirtschaftliche Existenz zu schädigen, haben wir nicht das mindeste Interesse. Würde man an eine Milderung der betreffenden Gesetzgebung herangehen, so würde sie nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Berücksichtigung der von dem Interpellanten vertretenen Interessen vor sich gehen; dazu sind die konkurrierenden Interessen der Tabakbauer, der Tabakfabrikanten u. s. w. zu verschieden. Nun steht das Reich vor der Notwendigkeit sehr erheblicher Aufwendungen für Zwecke der Landesverteidigung; die Deckung dafür soll in vermehrten Einnahmen gesucht werden. Der Tabak ist hier nicht einbezogen worden, auch aus Rücksicht auf den deutschen Tabakbau. Die Vorschläge der Regierungen sind im Reichstage nicht sehr wohlwollend aufgenommen worden. Wenn aber trotzdem eine Vermehrung der Reichseinnahmen notwendig werden sollte, so ist unter der Berücksichtigung im Reichstage eine sehr starke Strömung vorhanden, welche den Tabak heranziehen will. Die Tabakbauern können sich also über eine feindliche Behandlung ihrer Wünsche durch die Regierung nicht mit Recht belagen.

Auf Antrag des Abg. Grafen von Loß wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten. Da zu einer solchen der Unterstützung von 50 Mitgliedern erforderlich ist, erheben sich fast sämtliche im Hause befindlichen Abgeordneten aller Parteien.

Abg. Graf Loß (Z.) tritt im Interesse der niederrheinischen Tabakbauern für die Wünsche der Interpellanten ein. Die Existenz dieser Bauern stehe auf dem Spiele, und es sei doch die Erhaltung des kleinen und mittleren Bauernhandes eine der ersten sozialpolitischen Aufgaben. Wenn auch die Abwägung der Interessen der Bauern einerseits, der Fabrikanten und der Zigarrenfabrikanten andererseits schwierig sei, wenn auch die finanzielle Lage des Reichs nicht zu Experimenten reize, so würde doch eine nähere Verringerung der Steuer ein kleines Opfer für das Reich, ein großer Segen für die Beteiligten sein. Sei dieses kleine Opfer aber auch unmöglich, so müsse wenigstens die Befreiung der durch Hagel- und Wetterchaden geschädigten Ernte nach Maßgabe der erfolgten Beschädigung eintreten.

Abg. Wästel (natl.): Die Tabakbauer empfinden es mit

großer Befriedigung, daß der Tabak zur Deckung der Kosten der Militärvorlage nicht herangezogen werden soll; sie sehen darin das Anerkenntnis, daß der Tabak eine höhere Belastung nicht ertragen kann. Die Thatsache des Rückganges ist augenscheinlich. Wenn auch zeitweise ein kleines Aufstärken, eine kleine Aufwärtsbewegung stattgefunden hat, so war doch der Rückgang im allgemeinen ein stetiger; das Ausnahmejahr 1879—80 kann zur Vergleichung überhaupt nicht herangezogen werden. Erklärlich ist hiernach auch die Verstimmung und Verbitterung der Tabakbauer, die noch jüngst in der Versammlung in Speier drastischen Ausdruck gefunden hat. Von der Gesetzgebung allein erwarten sie nicht Hilfe; sie geben sich die größte Mühe, ihre Produkte zu verbessern und zu verfeinern. Hauptsächlich wird das Mißverhältnis zwischen Steuer und Zoll, wie es gegenwärtig besteht, als die Ursache dieses Rückganges angesehen. Das frühere proportionale Verhältnis zwischen beiden war vor 1879 mit 4 : 24 ein viel günstigeres für den deutschen Tabakbau als jetzt mit 43 : 85. Das Verhältnis sollte auf 1 : 3 gebracht werden, entsprechend dem Verhältniß der beiden Sorten. Freilich ist der Antrag auf Erhöhung des Zolles im vorigen Jahre abgelehnt, aber ein Antrag auf Erniedrigung der Steuer vor 2 Jahren angenommen, und über den letzteren steht die Entscheidung noch aus. Ich hoffe, daß der Beschluß des Reichstages gebilligt werden wird und daß man dazu kommen wird, das Verhältnis von 1 : 3 herzustellen. Wenn das nicht geschieht, wird sich die Agitation gegen das ganze Steuersystem richten und das ganze Gesetz verwerfen. Inzwischen sollten aber auch die vielfachen Beschwerden über die Veranlagung und Erhebung der Steuer doch etwas mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Abg. Warth (Dr.): Ganz gewiß ist die Zoll- und Steuer-Gesetzgebung von 1879 nicht ohne Einfluß auf Tabakbau und Tabakfabrikation gewesen, schon wegen ihres Einflusses auf den Tabakkonsum. Aber nicht der Tabakbau, sondern die Tabakfabrikation hat am meisten darunter gelitten. Die Anbaufläche ist in der Zeit von 1879 bis 1891 im wesentlichen dieselbe geblieben; sie betrug 1886 19 000, 1890 20 114, 1891 18 533 Hektar. Ein stärkerer Rückgang tritt erst im vorigen Jahre auf. Der Selbstertrag der Tabakernte in den Jahren 1878—1879 war brutto gienlich ganz derselbe, wie ein Jahrzehnt später unter der neuen Zoll- und Steuer-Gesetzgebung. Eine Wirkung dieser Gesetzgebung ist also nicht zu erkennen. Daß die Interessenten klagen, ist ja doch seit 1879 eine alljährliche Erscheinung. Wichtig ist, daß das Jahr 1892 mit 14 700 ha die geringste Anbaufläche aufweist. Aber auch vor 1879 sind ebenso starke, ja noch stärkere Rückgänge in der Anbaufläche erfolgt. Es muß ferner erwogen werden, daß 1891 die Tabakproduktion in der ganzen Welt einer ungeheuren Krise unterworfen gewesen ist und daß wir in demselben Jahre ganz exorbitante Getreidepreise hatten. Letzteres wirkte ohne weiteres einschränkend auf den Tabakkonsum. 1891 hat auch nicht eine einzige Plantage auf Sumatra einen Pflanz Dividende gegeben, und die Produktion wurde ganz kolossal eingeschränkt. Andererseits reiste der so hoch gestiegene Getreidepreis die Tabakbauern, sich dem Getreidebau zuzuwenden, und vermindertlich kann doch der Rückgang der mit Tabak bebauten Flächen nach alle diesem nicht mehr erscheinen. Für den Antrag auf Ermäßigung der Steuer hat der größte Teil der Freiwähler vor zwei Jahren gestimmt. Aber so schön der Gedanke in der Theorie ist, ihm zu Liebe allein wird die Abänderung der Gesetzgebung von 1879 schwerlich in Angriff genommen werden. Es bleibt also bloß der Gedanke der Zollerhöhung, der der Regierung vielleicht sympathischer ist, aber den der Reichstag erst im vorigen Jahre mit so enormer Majorität abgelehnt hat. Die Tabakbauer innerhalb des Deutschen Reichs würden aber auch von dieser Erhöhung keinen Vorteil haben. Der Konsum ausländischen Tabaks wird sich auch durch eine Erhöhung des Preises durch die Zollerhöhung nicht dazu bewegen lassen, zum inländischen Gewächs bloß deshalb, weil dieses auch Tabak heißt, überzugehen. Verständige Vorschläge zur Abhilfe sind wiederholt von uns in der Richtung gemacht worden, daß mehr danach getrebt werde, die Qualität des inländischen Tabaks zu verbessern; nur dann werden bessere Preise für ihn zu erzielen sein, und für guten deutschen Tabak ist immer auch Absatz vorhanden, wie auch die „Deutsche Tabakzeitung“ ausdrücklich jagt. Nach dieser Richtung kann auch in dem Wahlkreise des Herrn Menzer noch sehr viel geschehen. Jede Verbesserung der Tabakqualität kommt nicht nur den Pflanzern selbst, sondern der ganzen Bevölkerung mittelbar zu gute. Nach dieser Seite hin sollte ein Teil der agitatorischen Kraft der Herren verwendet werden, die sonst wirkungslos verpufft. Ob das Urteil über die soliden, tüchtigen Tabakbauern sich in seiner Allgemeinheit aufrecht erhalten läßt, möchte ich nach den Berichten über die jüngste Versammlung von 1000—1500 Tabakbauern in Speier bezweifeln. Dort hat man ausgesprochen, daß, wenn die Regierung sich nicht bauernfreundlich zeigen werde, man nur noch solche Abgeordnete nach Berlin schicken dürfe, die der Regierung auch auf anderen Gebieten entgegengetreten, ja man hat andererseits damit gedroht, ins Lager der Sozialdemokraten überzugehen (Hört! Hört! und Heiterkeit). Der Vertreter für Speier, unser Kollege Giemsa, erregte mit einer ganz ruhigen Gegenbemerkung auf diese Ankerung einen großen Tumult (Heiterkeit). Es zeigt sich hier wieder, wie gefährlich die Politik der Sonderinteressen für die Moral des Volkes überhaupt ist, und wir hoffen, die Regierung wird in der Erkenntnis dessen diesen Bestrebungen auf das Entschiedenste entgegenzutreten.

Abg. v. Winterfeldt (dl.): Herr Warth raucht nicht, schnupst nicht, baut auch keinen Tabak (Heiterkeit) und glaubt dennoch behaupten zu müssen, daß der deutsche Tabak den ausländischen nicht verdrängen wird. Von den Interessen der deutschen Tabakbauer hat er nach meiner Meinung ebenso wenig eine Ahnung, wie von den Interessen der Tabakkonsumenten. Die Pflanzler wollen heraus aus der Position, in welche sie die Versteuerung und Verzollung, das Veranlagungs- und Erhebungsverfahren hineingezogen hat. Großgrundbesitzer bauen keinen Tabak hier, sondern nur Bauern in Betracht. Wo Tabak gebaut wurde, kann nicht Getreide gebaut werden; das weiß Herr Warth nach seinen Ausführungen ganz und gar nicht. Die Forderung, die Qualität des Tabaks zu verbessern, ist sehr leicht aufgestellt, aber schwer zu erfüllen. Die Tabakbauern in der Uckermark sind von dem besten Willen in dieser Hinsicht befeelt, aber sie haben weder die Mittel noch den Raum zu den nötigen Experimenten, auch sind sie in der technischen Durchbildung so weit nicht vorgeschritten, um ihre ganze Kraft hierauf zu verwenden. Dennoch wird sich die Qualität des uckermärktischen Tabaks auch von Jahr zu Jahr verbessern.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Wenn den Interpellanten daran liegt, dem Tabakbau aufzuhelfen, so sollten sie sich in ihren eigenen Kreisen umsehen, wieviel deutscher Tabak gerade von ihnen selbst und von ihren Freunden verbraucht wird, dann würden sie finden, daß ihre Zigarren vorwiegend aus ausländischen Tabaken hergestellt sind. Als ich vor 30 Jahren zuerst in Zigarrenfabriken beschäftigt war, wurde noch eine ganze Masse deutscher Tabake als Deckblatt verarbeitet selbst zu besseren Zigarren. Das Pfälzer Deckblatt wurde nicht etwa aus patriotischen Gefühlen genommen, sondern die Fabrikanten konnten seinen anderen Tabak bekommen. Im Laufe der Zeiten hat sich das geändert, nicht aus Uebermuth, sondern weil die Kunden

eben den ausländischen Tabak dem deutschen vorziehen; selbst in Amerika, wo der inländische Tabak doch bei weitem besser ist, als der deutsche, wird derselbe durch den ausländischen verdrängt. Seit von den großen Sunda-Inseln die Tabake, die durchweg eine feinere Farbe und schöneren Brand haben, zu uns gedrungen sind, ist es einfach nicht mehr möglich, die deutschen Produkte an ihre Stelle zu setzen, und es wird auch bei veränderter Zollgesetzgebung nicht mehr möglich sein. Eine Verschlechterung der Lage des Tabakbaues ist eingetreten. Von 1871—1878, ehe die neue Steuerreform ergriffen wurde, ein Reinertrag von 763 M. pro Hektar erzielt, in den letzten 7 Jahren ist der Durchschnittsertrag auf 786,85 M. gestiegen. Nun ist aber ein Rückgang der Produktion eingetreten; in den ersten 7 Jahren wurden durchschnittlich 395 000 Doppelzentner, jetzt nur 376 000 Doppelzentner erzielt. Der billige deutsche Tabak wird hauptsächlich von den Arbeitern gerächt, und wenn dieser Konsum zurückgegangen ist, so liegt das an dem Rückgang der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter. Während in den sechziger Jahren durchschnittlich 1 1/2 Kilogramm pro Kopf verbraucht wurden, trat 1871 eine erhebliche Steigerung auf 1 1/2 Kilogramm pro Kopf ein. Das ist darauf zurückzuführen, daß im Anfang der sechziger Jahre die Geschäfte einen großen Aufschwung nahmen und die Arbeitslöhne in der Gründerperiode in die Höhe gingen. Damals konnten die Arbeiter noch mehr für Luxusartikel ausgeben. Als aber der große Krach eintrat, trat auch ein Rückgang im Tabakkonsum ein. Ueberausend ist dieser aber nur für diejenigen gekommen, welche gar keine Ahnung von volkswirtschaftlichen Verhältnissen haben. 1874 gab Herr Camphausen den Fabrikanten den Rath, die Arbeitslöhne herabzusetzen. Das war der erste Schlag gegen die Arbeiter. 1878 wurde dann das Sozialistengesetz gemacht, eine Gesetzgebung, durch welche die Arbeiterorganisationen zerstört wurden. Schließlich kam dann noch die notleidende Landwirtschaft und appellirte an den allgemeinen Säckel. Nachdem alle diese Vorbedingungen geschaffen waren, konnte die deutsche Arbeiterschaft nicht mehr so viel konsumieren wie anfangs der sechziger Jahre und so setzen wir denn einen Rückgang des Tabakkonsums von 1,7 kg auf 1,4 kg pro Kopf. In neuester Zeit ist der wirtschaftliche Rückgang immer schärfer und umfassender geworden. 1891, wo wir ausnahmsweise hohe Getreidepreise hatten und die Arbeiter daher ihr Brot theurer bezahlen mußten, konnten sie viel weniger Geld für Luxusartikel ausgeben. Der Rückgang der Zigarrenfabrikation zeigt sich auch darin, daß, wie der Fabrikationsdirektor Wörtschöffer nachweist, in einem großen Theil der Zigarrenfabriken die Zahl der Arbeiter auf 1/2 resp. die Hälfte zurückgegangen ist, während in anderen Fabriken nur bei Tageslicht gearbeitet wird. Dieser Rückgang ist nun so bemerkenswerth, als in jenen Fabriken vorzugsweise billige Sorten hergestellt werden, während die Fabriken, die bessere Sorten herstellen, nicht so sehr von dem Rückgang betroffen sind. Also gerade die unteren gesellschaftlichen Klassen haben ihren Konsum eingeschränkt. Nun glauben die Herren, daß dem deutschen Tabakbau durch eine Milderung der Steuer-Gesetzgebung geholfen werden kann. Mit derartigen Steuerprojekten werden Sie den deutschen Raucher doch nicht zwingen, deutschen Tabak zu rauchen. Als 1879 das neue Steuergesetz geschloffen wurde, nahm der Tabakbau einen gewaltigen Aufschwung. Während in jenem Jahre 284 Doppelzentner erzielt wurden, brachte das nächste Jahr schon 581 und später gar über 600 Doppelzentner. Der Konsum beträgt in Deutschland nur 639 Doppelzentner, also wurde fast so viel deutscher Tabak produziert, wie in Deutschland überhaupt Tabak konsumiert wird. Eine solche Produktionsmenge konnte nicht dauernd auf Absatz in Deutschland rechnen und daher der Rückgang, über den jetzt die Tabakbauer klagen. Auch die Tabakindustrie ist zu berücksichtigen, gerade im Großherzogthum Baden waren im Vorjahre 20 751 Personen in diesem Industriezweige beschäftigt. Diese Leute verdienen wohl Berücksichtigung; sie werden in ganz erheblichem Maße durch die Steuererhöhung betroffen. Die Steuererhöhung von 1879 hat dazu beigetragen, die Löhne der Zigarrenarbeiter ganz bedeutend herabzusetzen, in manchen Fällen sind die gesammelten Steuern den Arbeitern vom Lohne abgezogen worden. Anfang der 70er Jahre betrug der Lohn in Hamburg pro tausend Zigarren 14—15 M., 1880 10—12 M., ähnlich in Bremen. Die Lohnreduktion ist jedoch bedeutend höher, als aus diesen Zahlen hervorgeht, weil ein großer Theil der Fabrikation von Hamburg und Bremen nach dem Inland verlegt worden ist. Für die billigsten Sorten werden in Weiskalen 6 1/2—12 Mark gezahlt, in Baden nach Herrn Wörtschöffer 4,60—7 Mark. Bei solchen Löhnen kann sich ein Arbeiter nicht ernähren, wenn er nicht noch nebenbei Landwirtschaft betreibt. Eine Steuererhöhung wird jetzt genau dieselben Folgen haben wie 1879. Die Produktion wird zunächst erheblich gesteigert, sobald die Steuer kommt, sind alle Läger voll, und die Arbeitgeber betrachten es als eine Gnade, wenn sie den Arbeitern Arbeit geben. Wenn man dem deutschen Tabak mehr Absatz verschaffen will, muß man zunächst sehen, wo die Konsumenten sind. Sie sind lediglich in Arbeiterkreisen zu suchen, und deren Konsumtionsfähigkeit muß gehoben werden. Aber da sind gerade die Herren Interpellanten nicht dabei. Sie wollen die Lebensmittel-Löhne nicht beseitigen und die Koalitionsfreiheit nicht ausdehnen, damit der Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen erlangen kann. An diesem Punkte muß man den Tabakbauern helfen; mit solchen Experimenten, wie sie die Interpellanten vorschlagen, wird man den Tabakbauern eher schaden als nützen.

Abg. Giemsa-Ludwigshafen (natl.): Ich muß die Leute in Speier, die allerdings zu weit gegangen sind, doch einigermaßen in Entschuldigung nehmen. Bei den Tabakbauern stand es, wie übrigens auch sonst in der öffentlichen Meinung, ziemlich fest, daß eine Erhöhung des Zolles mindestens um 30, also auf 115 M. beschlossene Sache sei. Der Preis stieg dem entsprechend, die Einfuhr dergleichen. Nach Speier kamen große Massen. Da nun nichts von diesen Erwartungen in Erfüllung ging, sind die Preise stark gefallen und theilweise haben die Vorräthe zu geradezu ruinösen Preisen veräußert werden müssen. Das solches Unzufriedenheit erzeugt, ist wohl selbstverständlich. Man hat den Bauern statt des Tabakbaues den Kartoffelbau empfohlen; das ist in einem Jahre löhrend, im nächsten aber ganz unlohndend gewesen und hat die Unzufriedenheit noch vermehrt. Der gute Rath, die Qualität zu verbessern, wird ja längst befolgt. Was aber vor allem die Verbitterung erzeugt, ist die ganze Handhabung des Steuergesetzes mit ihren zahllosen Variationen und Chikanen. Es ist die höchste Zeit, daß durch eine Koalition zum Gesetze die schärfsten Mißstände abgestellt werden. Aber auch die heutige Antwort des Staatssekretärs war nicht gehalten und nicht getroffen. Wie lange soll der Tabakbauer noch warten, bis er sich verblutet? Für die Landwirtschaft hat die Regierung nichts als schöne Worte.

Abg. Pflüger (Dr.): Ich muß zugeben, daß das Verhältnis von Steuer und Zoll für die Tabakbauern ein ungünstiges ist, kann aber nicht zugeben, daß hiernach eine starke Erhöhung des Zolles das richtige Mittel der Ausgleichung ist. Ich bin vielmehr in dieser Beziehung einer Meinung mit dem Abg. Mollenhuth. Wollte die Regierung die scharfen Kontrollmaßregeln bei der Veranlagung und Erhebung der Steuer nur etwas herabmildern, so würde sie bei den Tabakbauern einen sehr guten Eindruck machen und die erhobenen Klagen wesentlich dämpfen.

